

**Geschäftsführung
Ausschuss für Umwelt und Grün**

Frau Bültge

Telefon: (0221) 221-23702
Fax : (0221) 221-26928
E-Mail: barbara.bueltge@stadt-koeln.de

Datum: 21.02.2011

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses
Umwelt und Grün vom 17.02.2011****öffentlich****6.1 Machbarkeitsuntersuchung für die Realisierung einer P+R-Anlage am
Verteilerkreis Köln
5332/2010**

RM Herr Bacher merkt an, nicht alle Ausschussmitglieder der SPD-Fraktion hätten die Vorlage erhalten. Er habe dies auch von anderen Fraktionen gehört. Er bitte die Verwaltung, die Vorlage der SPD-Fraktion zuzustellen und zu klären, weshalb einige Ausschussmitglieder die Vorlage erhalten hätten und andere nicht. Er werde nicht im Internet eine Vorlage suchen und ausdrucken, über die möglicherweise in einer Ausschusssitzung beraten werde, sondern erwarte für die SPD-Fraktion, dass man offiziell die Vorlagen erhalte. Man habe nichts dagegen, dass über die Vorlage in der heutigen Ausschusssitzung beraten werde. Er beantrage aber für die SPD-Fraktion, die Abstimmung über die Vorlage in die nächste Sitzung zu vertagen.

Die Ausschussvorsitzende schlägt nach kurzer Rücksprache mit dem Vertreter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, Herrn Müller, vor, heute nur zu beraten, Fragen zu stellen und in der nächsten Sitzung am 24.03.2011 über die Vorlage abzustimmen.

Die Ausschussmitglieder sind mit dem Vorschlag einverstanden.

RM Herr Dr. Welpmann bittet die Verwaltung, bis zur nächsten Ausschusssitzung zu prüfen, ob sowohl die Flächen B als auch D, also beide, als Standort für Parkflächen berücksichtigt werden können. Die Begründung der Verwaltung, weshalb Fläche B nicht weiter verfolgt werde, sei städtebaulicher Natur und nachvollziehbar. Wenn man aber die Hälfte dieser Einheiten auf Fläche B unterbringen würde und die andere Hälfte auf Fläche D, könne der Eingriff auf D minimiert und B zusätzlich berücksichtigt werden.

Bezogen auf den Standort D wundere sich die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, dass der Eingriff erhöht worden sei, obwohl in der früheren Beratung zu diesem

Punkt darum gebeten worden sei, den Eingriff in Variante D zu minimieren. Die Begründung, dass dies aus Lärmschutzgründen geschehe, sei zwar nachvollziehbar. Andererseits werde die Versiegelung erweitert und die gesamte Baumreihe entlang der Bonner Straße entfernt. Müsse Fläche D in Anspruch genommen werden, sollte dieser Eingriff aus Naturschutzgründen minimiert werden und eine Oberflächenversiegelung nicht über das absolut notwendige Maß erfolgen.

Herr Müller entschuldigt namens der Verwaltung, dass die Vorlage nicht allen Ausschussmitgliedern zugestellt worden sei. Zu der Anregung von Herrn Dr. Welpmann hinsichtlich der gemeinsamen Inanspruchnahme der Flächen B und D erwidert er, dass dann mehr Fläche in Anspruch genommen würde. Auch zeigten die Erfahrungen im P+R-Bereich, dass in einem solchen Fall die Fläche D vermehrt frequentiert, Fläche B jedoch wegen der weiten Fußwege leer stehen werde. Auch werde mit erhöhten Kosten zu rechnen sein.

Zum erhöhten Eingriff in D erläutert er, der Gutachter habe schon bei der ersten Machbarkeitsuntersuchung erwähnt, dass es hinsichtlich der Lärmbelastung eventuell zu Problemen kommen könne. Dies müsse noch genau untersucht werden. In dem Zusammenhang wurde das Bauwerk schlanker gestaltet, um es ganz nah am Verkehrsweg Bonner Straße zu platzieren und so die Verkehre zusammenzufassen. Gleichzeitig wäre dieses Bauwerk ein gewisser Schallschutz, so dass sich die Verwaltung für diese Variante entschieden habe.

SB Herr Dr. Albach spricht von einer gedrehten Variante des Parkhauses, die dazu führen könne, dass das Mehr an Fläche entweder als Tennisplatz belassen oder dass aufgeforstet werde. Ihn interessiere diese Nachnutzung.

Ausschussvorsitzende Frau Dr. Müller regt an, im Rahmen der erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen die Fläche B zu entsiegeln.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün vertagt die Vorlage in die nächste Sitzung am 24.03.2011.